

somit plötzlich nicht mehr als das alleinige Eigentum christlichen Glaubens.

Eine Tagung wie die in Aachen leistet schon dadurch einen unschätzbaren Dienst, daß sie auf Informationsdefizite aufmerksam macht und sie zumindest in ersten Anläufen zu beheben versucht. Worauf es ankäme, wäre aber, daß *Impulse* ausgehen: Impulse dahingehend, daß die Verge-wisserung der Christen über ihre gottesdienstliche Identität nicht am jüdischen Gottesdienst vorbeigehen darf, wenn sie sich nicht der Wurzeln entledigen will; und Impulse auch dahin, daß sich aus der Befassung mit den Liturgien systematisch-theologische Folgerungen ergeben.

Trotz bescheidener Versuche ist bisher noch keineswegs geleistet, was Jakob Petuchowski als Aufgabe der Begeg-

nung von Juden und Christen formuliert hat: die Entwicklung einer *christlichen Theologie des Judentums* und einer *jüdischen Theologie des Christentums*. Vielleicht ist das unserer deutschsprachigen Theologie auch deshalb erschwert, weil ihr ständige jüdische Gesprächspartner vom Rang des Aachener Referenten fehlen. Jedenfalls dürfte noch ein weiter Weg des Voneinanderlernens zu gehen sein, bevor man auf beiden Seiten zur Artikulation der angedeuteten Theologien in der Lage ist. Vielleicht sollte man deshalb gerade christlicherseits mehr als bisher der Versuchung zu theologischen Globalformeln über das Judentum widerstehen – und Juden und Christen vorläufig bescheiden als *Lerngemeinschaft* verstehen, die erst wieder dabei ist, zu realisieren, daß sie eine gemeinsame Herkunft hat und dasselbe Ziel.

Hans Georg Koch

Forum

„Streit um kroatische Theologengemeinschaft“. Eine Stellungnahme von Erzbischof Frane Franić

Zu der Meldung im Januarheft „Streit um katholische Theologengemeinschaft in Zagreb“ ging uns (in lateinischer Sprache) folgende Zuschrift des Erzbischofs von Split, Frane Franić, zu.

In Nummer 1/1978, Seite 6 Ihrer Zeitschrift haben Sie, obwohl Sie mich weder je gesehen noch gehört, noch meine Werke gelesen haben, über mich in deutscher Sprache geschrieben, ich sei „ein Bejaher des Sozialismus in Jugoslawien und ein Gegner jeder Erneuerung in der Kirche“. Diese beiden Behauptungen sind von der Wahrheit weit entfernt. Deswegen bitte ich Sie im Namen der Wahrheitsliebe diese Richtigstellungen in der Herder-Korrespondenz wiederzugeben. Haben Sie dabei bitte Verständnis, daß ich nicht in deutscher Sprache schreiben kann.

1. Ich bin nicht Bejaher des Sozialismus in Jugoslawien, weil nach meiner Meinung dieser Sozialismus eine atheistische Sichtweise bzw. Orientierung einschließt. Denn die „Vereinigung des Selbstverwaltungssozialismus Jugoslawiens“ wird vom „Verband der Kommunisten Jugoslawiens“ zur Erschaffung einer rein humanistischen, rein wissenschaftlichen Zivilisation angehalten. In der sozialistischen Vereinigung finden sich heute Gläubige, ja sogar Priester, zum Beispiel die „Theologenvereinigung christliche Gegenwart“ (Krsćanska Sadasnjost), welche in ihren Statuten die Vereinigung des Selbstverwaltungssozialismus als Norm (als eine der Normen) der Führung ihres eigenen Werkes anerkennt. Aber diese Vereinigung des Selbstverwaltungssozialismus bleibt unter dem Einfluß des Marxismus, bleibt ein Raum, wo der erzieherische Einfluß des Volkes von der marxistischen Seite ausgeübt wird. Ich hingegen hatte einen freundlichen und zugleich wissenschaftlichen Dialog mit den Professoren der juristischen Fakultät an der staatlichen Universität meiner Stadt über die Beziehungen zwischen der marxistischen und der christ-

lichen Lehre gehabt. Denn ich bin Professor der Philosophiegeschichte auf der interdiözesanen Hochschule in Split. Und ich hatte einige gute Seiten der marxistischen Lehre im allgemeinen und des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus im besonderen anerkannt. Und jene Dialoge wurden in meinem Buch „Putovi dialoga“ (Wege des Dialogs), Split 1973, publiziert. Aber ich war und will immer *freier Dialogpartner* bleiben. Von daher glaube ich, daß es für die Kirche nicht gut ist, vom Staat Geld anzunehmen, sondern daß es besser ist, von den Spenden der Gläubigen zu leben, wie es bei uns geschieht (oder vielleicht nach dem deutschen System). Ich glaube auch, daß sich die Kirche nicht mit Politik befassen soll, insbesondere nicht Priester und Theologen, weder als Priester noch als freier Bürger, denn eine solche Spaltung der Persönlichkeit ist im höchsten Maße gefährlich und unmöglich.

Anhand dessen, was ich jetzt gesagt habe, können Sie einige der Gründe verstehen, derentwegen ich mit den Bischöfen der Kirchenprovinz von Split die neue Theologenvereinigung (Krsćanska Sadasnjost) verboten habe. Sie aber verurteilen einen Bischof, der bereits 28 Jahre als Bischof unter einem marxistischen Regime lebt. Vielleicht hat Ihnen irgendein Priester, ein Freund von Ihnen in Jugoslawien jene Worte suggeriert.

2. Sodann behaupten Sie, ich sei gegen jedwede Erneuerung in der Kirche. Die liturgischen Erneuerungen sind in der Diözese von Split sogleich und vollständig und ohne jeden Widerstand durchgeführt worden, denn ich war „glagolitischer“ Priester und Bischof, d. h. ein Bischof, der die Messe täglich in der altslawischen Sprache der heiligen Cyrillus und Methodius gefeiert und die Sakramente in der Volkssprache gespendet hat. Dieses Privileg gilt seit den Zeiten der Slawenapostel und ist in meiner Diözese erhalten geblieben. Alle anderen konziliaren und nachkon-

ziliaren Neuerungen sind in der Kurie und in der Diözese sofort eingeführt worden. Aber die konziliare Lehre wird im Sinn Papst Pauls VI. und der Dekrete des Heiligen Stuhls, treu und friedlich (*fideliter et pacifice*), ausgelegt. Deswegen ist Ihre Behauptung eine große Verleumdung, die ich aber im Sinn des Gebots des Herrn (Mt. 5, 11–12) nachsehe. Ich bitte Sie, Brüder in Christus, diesen Brief in Ihre Sprache zu übersetzen und ihn in Ihrer Zeitschrift Herder-Korrespondenz zu veröffentlichen. Grüße und Wünsche im Herrn.

† Frane Franić, Erzbischof von Split-Makarska

Hinweis der Redaktion:

In der Zuschrift von Prof. Ernst Feil (HK, April 1978) ist uns auf der zweiten Spalte von Seite 202, dritte Zeile von unten ein sehr störender Druckfehler unterlaufen. Der Satz muß in Wirklichkeit lauten: Im zweiten genannten Artikel (Internationale katholische Zeitschrift, Heft 4/1976) finden sich demgegenüber Aussagen, die einen *fundamentalen Zusammenhang mit dem zuvor abgelehnten traditionellen Religionsbegriff* eindeutig belegen.

Kurzinformationen

Anläßlich des Besuches des tschechischen Staatspräsidenten und KPC-Sekretärs Gustav Husák haben verschiedene kirchliche Persönlichkeiten aus dem katholischen und dem evangelischen Raum und verschiedene Organisationen zur Unterdrückung der Religionsfreiheit in der ČSSR Stellung genommen. Während der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof *Helmut Claß*, in einem Brief an Husák sich vor allem für verbesserte Kontakte zwischen Menschen in der Bundesrepublik und in der Tschechoslowakei einsetzte, nannte sowohl eine Erklärung des Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz wie eine ähnlich lautende Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Maßnahmen der Unterdrückung der Religionsfreiheit in der Tschechoslowakei beim Namen. So hieß es in der Erklärung von Kardinal *Höffner* (vgl. Wortlaut in KNA, 8. 4. 78): „Gläubige werden in ihrem beruflichen Fortkommen benachteiligt; Kinder werden wegen ihres Glaubens und des Glaubens ihrer Eltern willen eingeschüchtert; der Religionsunterricht ist durch bürokratische Maßnahmen nahezu unmöglich gemacht, an seine Stelle tritt die Zwangsatheisierung; Hausbesuche durch Priester unterliegen der staatlichen Genehmigung; Kranken und Sterbenden wird dadurch häufig der priesterliche Beistand verweigert; ein Leben der Pfarrgemeinde ist aufgrund vielfacher Auflagen und Verbote erstickt; Priester, die sich seelsorgerlich besonders engagieren, werden vom Staat ihres Amtes enthoben und damit an der Ausübung ihres priesterlichen Dienstes gehindert; der Zugang zu den Priesterseminaren wird staatlicherseits reglementiert; die noch bestehenden Reste der im Jahre 1950 aufgelösten Ordensgemeinschaften werden mit brutalen Mitteln liquidiert.“ In der Erklärung des Zentralkomitees (vgl. Wortlaut in KNA, 8. 4. 78) wurden auch brutale Verhörmethoden der tschechoslowakischen Staatspolizei angesprochen, und es wird an die Fälle Kardinal *Trochta*, Professor *Jan Patocka*, die beide nach Verhören starben, und in jüngster Zeit an die Fälle von Bischof *Gábris* von Tyrnau und des Franziskaner-Provinzials *Almeis Zlamal*, die nach Verhören Herzinfarkte erlitten, erinnert.

Beide Erklärungen unterstreichen zugleich die Bedeutung der Versöhnung zwischen den beiden Ländern und der politischen Entspannung zwischen Ost und West. Besonders Kardinal *Höffner* sprach dieses Thema an: „Wir wissen um unsere beiderseitige schwere Vergangenheit. Vieles ist noch als schreckliche Erinnerung, als erlittenes Unrecht lebendig. Aber der Wille zur Versöh-

nung ist stärker.“ Versöhnung und echte Entspannung seien aber nur möglich, wenn es nicht bei Gesprächen auf der Ebene der Regierungen bleibe, sondern wenn sich die Völker unmittelbar begegnen könnten. Die Anerkennung und Beachtung der Menschenrechte sei dafür eine unmittelbare Voraussetzung. *Höffners* Fazit: „Wir hoffen, daß Staatspräsident Husák das Unrecht erkennt, das in seinem Land geschieht und daß er den Kurs seiner Politik ändert. Nicht zuletzt ist die Unterdrückung der religiösen Freiheiten und die Verfolgung der Christen auch eine Belastung für das Ansehen seiner Regierung.“ Zahlreiche Kommentare kirchlicher Organisationen und Presseorgane äußerten sich in ähnlichem Sinn.

Zum Entführungsfall Moro haben die italienischen Bischöfe anläßlich der Sitzung des Ständigen Rates der Bischofskonferenz ausführlich Stellung genommen. In der gleichen Stellungnahme (vgl. *Osservatore Romano*, 8. 4. 78) sprachen die Bischöfe auch weitere Themen an, u. a. die seit Mitte April in beiden Zweigen des italienischen Parlaments neu diskutierte und in der Abgeordnetenkammer bereits verabschiedete Abtreibungsreform, deren Neufassung die Bischöfe trotz einiger restriktiver Verbesserungen entschieden ablehnen. (Entgegen mancher Darstellungen in deutschen Zeitungen handelt es sich bei der Neuregelung nicht um eine Fristenlösung, sondern eine weitgefaßte Indikationenregelung nach dem gegenwärtig in der Bundesrepublik geltenden Muster.) Die Äußerungen zur Entführung von *Aldo Moro*, den sie als „Staatsmann mit allseitig anerkannter Loyalität und politischer Kompetenz“ bezeichnen, sind eingebettet in das größere Thema Terrorismus und Gewaltanwendung, wobei sich die Bischöfe insbesondere mit deren Ursachen befassen. Dabei weisen sie über Italien hinaus. Die *Menschheit*, so heißt es in der Erklärung, durchschreite gegenwärtig „eine finstere Periode ihrer Geschichte, in der jede Form von Gewalt herrscht: Der Wettlauf zu den Waffen, strategischen oder nicht, geheimen oder offenen, der die Lebensgrundlage der Armen zerstört und die Gefahr von nicht wiedergutzumachenden Zerstörungen bringt; die gewaltsame Unterdrückung der Meinungsfreiheit unter gewissen Regimen mit grausamen physischen und psychischen Behandlungsmethoden seitens jener, die die Macht innehaben oder diese gebrauchen, um (andere) zu versklaven; die Mißachtung des menschlichen Lebens in jeder Phase seiner Entwicklung.“ In Ita-